

Leitantrag an den 3. Stadtparteitag der Partei DIE LINKE. Stadtverband Magdeburg

Für eine lebenswerte Stadt – sozial und tolerant, ökologisch und vielfältig

I.

Der Stadtverband der Partei DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Magdeburg als eine attraktive Heimatstadt für alle Einwohner_innen gestaltet wird. Linke Politik steht in erster Linie für eine Beseitigung der Folgen und Ursachen von Armut und sozialen Verwerfungen. Darüber hinaus verlieren wir aber andere Probleme nicht aus dem Blick. Uns ist klar, dass das Soziale und das Ökologische eng miteinander verknüpft sind, Verbesserungen in dem einen Bereich kann es ohne Verbesserungen in dem anderen Bereich nicht geben.

Jeder und jedem Einzelnen zu ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, ist Anspruch unserer Politik – heute und in der Zukunft.

DIE LINKE ist in Magdeburg eine ernstzunehmende politische Kraft. Viele Mitglieder des Stadtverbandes engagieren sich über die Mitarbeit in der Partei hinaus in zahlreichen Vereinen, Verbänden und Organisationen und prägen so das Bild des Stadtverbandes in der Öffentlichkeit mit. Mit 13 Stadträt_innen, 4 Landtagsabgeordneten und einer direkt gewählten Bundestagsabgeordneten ist der Stadtverband DIE LINKE. Magdeburg auf allen parlamentarischen Ebenen stark vertreten. Außerdem stellt DIE LINKE mit dem Beigeordneten für Soziales einen der wichtigsten hauptamtlichen politischen Akteure der Stadt Magdeburg. Gerade soziale Fragen sind Schlüsselfragen für das Leben der Mehrheit der Menschen in dieser Stadt. Die Einwohner_innen Magdeburgs erwarten von uns zu Recht, dass wir ihre Stimme sind, wenn es darum geht, für eine soziale und familienfreundliche, eine bürgernahe und demokratische, eine ökologische und wirtschaftlich starke Stadt einzutreten, in der Jede und Jeder willkommen ist. Dafür einzutreten ist nicht immer leicht und frei von Konflikten und doch lohnt es sich, diesen Weg zu gehen. Noch gelingt es uns nicht immer hinreichend, deutlich zu machen, wofür DIE LINKE in Magdeburg steht, das gilt es zu ändern!

In Magdeburg leben 40000 Personen, die als bedürftig gelten, das sind fast 20 % der Bevölkerung Magdeburgs. Diese Situation bedeutet für uns, hierauf unser Hauptaugenmerk zu richten. Alle Menschen, die in unserer Stadt wohnen, müssen die Freiheit haben, ohne Diskriminierung ihr Leben gestalten und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Niemand darf in unserer Stadt ausgeschlossen werden. Insbesondere Kinder sind in unserer Stadt von den sozialen Folgen von Armut betroffen, ihnen muss unbedingt die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in der Stadt ermöglicht werden. Dazu ist es notwendig, auch weiterhin öffentliche soziale Angebote und Dienstleistungen wohnortnah zu gewährleisten und auszubauen.

Mit Besorgnis beobachten wir in unserer Stadt einen Trend hin zu einer sozialen Entmischung der Stadtteile. Dieser Trend muss gestoppt werden! Der Erhalt der sozialen Infrastruktur ist zentrale Voraussetzung um eine soziale Polarisierung zu verhindern. Stadtentwicklung muss deshalb als Einheit von Sozialplanung und Bauplanung verstanden werden. Der Trend zur Privatisierung öffentlicher Räume muss gestoppt werden, dem kommunalen Wohnungsunternehmen kommt dabei eine besondere Verantwortung zu, die stärker als bisher wahrgenommen werden muss.

Auch die demografische Entwicklung in unserer Stadt wird DIE LINKE vor neue Fragen stellen, auf die sie Antworten zu geben hat. In absehbarer Zeit werden wir in Magdeburg bei einer immer größeren Anzahl von Menschen jenseits des 65. Lebensjahres mit Armutslebenslagen konfrontiert sein. Diese Menschen werden zusätzlich unterstützende Leistungen zu ihrer Rente benötigen. Die Zahl der älteren Einwohner_innen wird auch in Magdeburg insgesamt steigen, das bedeutet auch, dass die Infrastruktur, vom ÖPNV über die Gesundheitsversorgung bis hin zum Freizeitbereich, dieser Entwicklung angepasst werden muss.

Aber auch für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ist eine Stadt nur attraktiv, wenn sie über ein ansprechendes Angebot an Jugendclubs, Spielplätzen, eine ausreichende Anzahl an Kitaplätzen und gute Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung verfügt. Insbesondere der Zugang zu guter Bildung ist für diese Bevölkerungsgruppe von besonderer Bedeutung. DIE LINKE in Magdeburg wird dem Thema Bildung auch weiterhin große Aufmerksamkeit widmen, das betrifft sowohl frühkindliche Bildung als auch Aus- und Weiterbildung,

Schulbildung ebenso wie Hochschulbildung. Wir werden den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz verteidigen und uns dafür engagieren, dass dieser Rechtsanspruch durchgesetzt wird. Dafür ist es notwendig, ausreichend personelle und räumliche Kapazitäten in den Kitas zur Verfügung zu stellen. Eine Kita-Finanzierung muss dies berücksichtigen. Die momentane Situation in Hinblick auf die Kita-Kapazitäten hat dazu geführt, dass viele Eltern einen Hindernisparcours absolvieren müssen, bis sie für ihre Kleinsten eine ihren Wünschen entsprechende Einrichtung gefunden haben. Die Kita-Software hat sich bei der Lösung dieses Problems nicht bewährt, es fehlt einfach eine ausreichende Anzahl an Kita-Plätzen. Diese müssen geschaffen werden und zwar wohnortnah, d.h. in jedem Stadtteil bzw. Sozialraum muss mindestens eine entsprechende Einrichtung vorhanden sein. Ein Ausweichen auf Tagespflegeplätze kann keine Lösung sein!

Wir brauchen ein ausgewogenes Schulnetz, das allen Kindern und Jugendlichen gleiche Entwicklungschancen bietet und eine Förderung, die jeder und jedem Einzelnen auch gerecht wird. Niemand soll ausgegrenzt oder in eine „besondere“ Schulform abgeschoben werden. Schulsozialarbeit ist eine dauerhafte Aufgabe an jeder Schule, diese Aufgabe muss auch ausreichend durch den Schulträger finanziert werden. Insbesondere die Stärkung der kommunalen Sekundarschulen ist für uns ein Ziel, für das wir uns in den nächsten Jahren einsetzen werden.

Magdeburg lebt auch von und mit seinen Hochschulen. Sie sind wichtige Multiplikatoren demokratischen Denkens und Handelns. Zudem gehen wichtige kulturelle Impulse von ihnen aus. Eine finanzielle und ideelle Stärkung der Hochschulen in Magdeburg ist daher notwendige Voraussetzung, um Magdeburg als Hochschulstandort weiterentwickeln zu können. DIE LINKE wird sich weiterhin dafür einsetzen.

Moderne linke Politik erfordert eine Verbindung des Ökologischen mit dem Sozialen. Das eine kann es ohne das andere nicht geben. Dies gilt sowohl auf globaler als auch auf kommunaler Ebene. Alle Anstrengungen der Landeshauptstadt, die auf ein nachhaltiges Agieren gerichtet sind, sind zu unterstützen. DIE LINKE muss hier Motor dieser Entwicklung sein. Nachhaltiges Agieren bedeutet aber auch, dass sowohl das Ökologische als auch das Ökonomische als auch das Soziale in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. In den vergangenen 21 Jahren sind mit dem Wegbrechen der staatssozialistischen Großunternehmen in Magdeburg in Größenordnungen Arbeitsplätze verloren gegangen. Durch die Neuansiedlung von Klein- und mittelständischen Unternehmen konnte dieser Verlust nicht kompensiert werden. Auch in Zukunft wird es in Magdeburg keine ausreichende

Anzahl von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt geben. Auf der anderen Seite entsteht immer neue Arbeit in Bereichen, die nicht dem freien Markt unterworfen werden dürfen: im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, einschließlich der Kultur, der Betreuung von Mitmenschen usw. Aus diesem Grund ist es unumgänglich dauerhaft den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor auszuweiten und solide und tarifgebundene dauerhafte Arbeitsplätze im Non-Profit-Bereich zu schaffen. Nur wenn den Magdeburger_innen ein Einkommen zur Verfügung steht, von dem sie leben können, werden sie auch dauerhaft unserer Stadt treu bleiben. Deshalb werden wir uns für die Einführung einer Mindestlohn- bzw. Tarifvertragsklausel in Verbindung mit der Vergabe städtischer Aufträge oder der Vergabe von Fördermitteln stark machen.

Die weitere Entwicklung Magdeburgs in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht als Oberzentrum mit Dienstleistungsfunktion für die gesamte Region verlangt eine enge Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt und den Nachbargemeinden sowie Nachbarlandkreisen. Hier müssen neue Wege gegangen werden, um den strukturellen Wettbewerbsnachteil Magdeburgs auszugleichen. Mit besonderem Nachdruck werden wir uns für eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes stark machen, so dass die finanziellen Belastungen Magdeburgs sowie sämtlicher Kommunen, die besonders stark durch soziale Problemlagen ihrer Bewohner und Mehrbelastungen durch landesgesetzliche Regelungen betroffen sind, gesondert berücksichtigt werden.

II.

Auch auf organisatorischem Gebiet steht der Stadtverband in den nächsten Jahren vor schwierigen Herausforderungen. Die Zahl der Mitglieder im Stadtverband wird in den nächsten 15 Jahren dramatisch abnehmen, das hat für die politische Arbeit des Stadtverbandes schwerwiegende Konsequenzen. Die Lösung dieser Aufgabe kann der Stadtverband nur geschlossen angehen. Hier sind alle Mitglieder, alle BOen, Ortsverbände, der Stadtvorstand und die Stadtratsfraktion gefordert, gemeinsam zu handeln.

Nach wie vor müssen wir neue Mitglieder gewinnen. Personen, die bereit sind, in der LINKEN und mit der LINKEN Politik zu machen, werden wir aber nur gewinnen, wenn wir uns den Problemen der Magdeburgerinnen und Magdeburger zuwenden, wenn wir für sie sichtbar und greifbar sind. Darum muss sich unsere Öffentlichkeitsarbeit verbessern. Das beginnt bei der Internetseite von Vorstand und Fraktion über die Information aus dem Stadtrat, die Arbeit der Landtagsabgeordneten und der Bundestagsabgeordneten. Besonders die Arbeit vor Ort in den Wohngebieten, in Bürgervereinen und GWAen muss hier unser

Anliegen sein. Infostände sind nicht nur in Vorwahlzeiten wichtig, sondern aus gegebenem Anlass mehrmals im Jahr. Es ist daher unerlässlich, dass die Arbeit dafür nicht immer an den gleichen Personen hängenbleibt.

Haben Neumitglieder zu uns gefunden, werden diese oftmals nur ungenügend in die Parteiarbeit einbezogen. Auch hier sind wir alle gefordert, uns Gedanken zu machen, wie eine bessere Integration gelingen kann. Wenn es uns gelungen ist, Menschen für unsere Arbeit zu interessieren und sie mitgestalten wollen, müssen wir sie auch einbeziehen und ihnen die Chance geben, sich in der Partei zu entwickeln. Der Stadtvorstand ist in der Verantwortung, wenn es darum geht Mitglieder für die politische Arbeit zu qualifizieren. Hierfür ist die Zusammenarbeit mit erfahrenen Parteimitgliedern und Mandats- und Funktionsträgern aller Ebenen erforderlich. Der Stadtvorstand wird gemeinsam mit den Basisorganisationen, Ortsverbänden und der Stadtratsfraktion in den nächsten Monaten entsprechende Angebote unterbreiten.

Die Struktur unseres Stadtverbandes werden wir so, wie sie momentan besteht, nicht aufrecht erhalten können. Viele Basisorganisationen existieren nur noch auf dem Papier oder es sind nur noch so wenige Mitglieder in ihnen organisiert, dass vor Ort keine politische Arbeit mehr gewährleistet werden kann. Aus diesem Grund ist die angedachte Strukturreform konsequent weiter zu führen.

Die AG Senioren konnte aufgrund des hohen Engagements einzelner Parteimitglieder wieder zum Leben erweckt werden. Hier muss sichergestellt werden, dass die AG Senioren als wichtiger Faktor im Stadtverband erhalten bleibt und eine kontinuierliche Arbeit gewährleistet wird.

Ebenso wie die AG Senioren sind der Studierendenverband und der Jugendverband wichtige Säulen des Stadtverbandes, sie müssen in ihrer Arbeit unterstützt werden. Gleichzeitig müssen sich Studierendenverband und Jugendverband auch aktiv in das Parteileben einbringen.

Ein grundlegendes Problem im Stadtverband ist die Zusammenarbeit zwischen Stadtvorstand und Parteibasis. Hier ist von beiden Seiten an einer Verbesserung zu arbeiten. Es müssen mehr Parteimitglieder die Möglichkeit nutzen, an Vorstandssitzungen teilzunehmen, gleichzeitig müssen Vorstandsmitglieder regelmäßig an Versammlungen der Basisorganisationen und Ortsverbände teilnehmen. Veranstaltungen, an denen unser Stadtverband beteiligt ist, können nicht nur von einigen wenigen Mitgliedern bestritten werden, die anfallende Arbeit muss auf viele Schultern verteilt werden.

Der parteiinternen Kommunikation ist ein entscheidender Punkt, dem wir zukünftig mehr Aufmerksamkeit widmen müssen. Es soll sichergestellt werden, dass der Internetauftritt des Stadtverbandes zukünftig attraktiv gestaltet und immer auf dem aktuellen Stand gehalten wird. Ein wichtiges Kommunikationsmedium ist unsere Mitgliederzeitung >Links und Aktuell<. Damit die Herausgabe auch weiterhin sichergestellt werden kann, müssen sich mehr Mitglieder und Basisorganisationen mit eigenen Beiträgen daran beteiligen. Es muss gewährleistet werden, dass jedes Mitglied im Stadtverband regelmäßig unsere Mitgliederzeitung zugestellt bekommt. Über andere Verteilungswege und -formen muss neu nachgedacht werden.

Für die fachpolitische Standortbestimmung erscheint es sinnvoll, verstärkt externen und internen Sachverstand zu Rate zu ziehen. Die Bildung von Facharbeitsgruppen kann ein geeigneter Weg sein. Der politischen Bildung müssen wir uns verstärkt widmen. Dafür sollten regelmäßig Veranstaltungen stattfinden. Hierzu wird eine engere Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung gesucht.

Der Stadtvorstand hat als politisches und organisatorisches Zentrum des Stadtverbandes Magdeburg der Partei DIE LINKE die Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass der Stadtverband sich selbst stärkt. Dies sollte auch dadurch geschehen, dass die Mitglieder des Stadtverbandes in Entscheidungen über politische Fragen auf allen Ebenen der Partei stärker einbezogen werden. Genau wie DIE LINKE. Magdeburg gesamtgesellschaftlich eine stärkere aktive Einbeziehung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse fordert, fordern wir eine solche Art der Partizipation auch innerparteilich für die Mitglieder der Partei DIE LINKE. Aus dem in Erfurt beschlossenen Programm unserer Partei erwachsen viele praktisch-politische Herausforderungen und Verpflichtungen für alle Mitglieder unseres Stadtverbandes, die auch genutzt werden müssen, um neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter für unsere Politik zu gewinnen.

III.

Neben einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit von Stadtvorstand und Stadtratsfraktion ist es für die Zukunft der LINKEN in Magdeburg notwendig, langfristig neue Mitglieder und geeignete Bewerber_innen für kommunale Mandate zu finden und zu qualifizieren. Bereits zur Kommunalwahl 2009 schafften wir es nicht, in allen Wahlbereichen eine ausreichende Anzahl von Bewerber_innen zu finden. Im Laufe der Wahlperiode gab es eine Reihe von Mandatsniederlegungen. Der stetige Wechsel in der Stadtratsfraktion stellt ein Problem für

die kontinuierliche Arbeit dar. DIE LINKE im Stadtrat wird noch zu häufig durch Personalrochaden wahrgenommen. Diesen Zustand gilt es zu ändern.

Der Stadtvorstand muss gemeinsam mit der Stadtratsfraktion Personalentwicklungskonzepte für geeignete Bewerber_innen für kommunale Mandate und kommunale Wahlbeamte entwickeln. Dabei ist die Findung und Entwicklung von politischem Personal als ein fortdauernder Prozess, welcher im Stadtverband als mittel- bis langfristige Querschnittsaufgabe verstanden werden muss, zu betrachten. Wir brauchen eine nachhaltige und vor allem transparente Personalpolitik, die von „zufälligen“ Personalentscheidungen Abstand nimmt und auf eine längerfristige Personalplanung zielt. Geeignete Kandidat_innen sind auf ihrem Weg durch Stadtvorstand und Stadtratsfraktion zu begleiten und zu fordern, sie sollten regelmäßig in die Arbeit der Fraktion z.B. über Arbeitskreise, welchen auch Parteilosen offen stehen, eingebunden werden. Zwischen erfahrenen und potentiellen Funktions- bzw. Mandatsträger_innen muss ein verstärkter Wissens-Transfer stattfinden.

Um eine geordnete Nachfolge zu organisieren, müssen jetzige Mandatsträger_innen dem personellen Nachwuchs zur Seite stehen, ihn „mitlaufen lassen“ und somit aus den eigenen Erfahrungen qualifizieren (Mentoring / Coaching). Für die Gewinnung und Pflege von politischen Personal ist die Kommunikation mit und die Einbindung von nicht gewählten Kandidat_innen von Bedeutung, diese ist zu intensivieren.

Der Frauenanteil unter den zukünftigen Kandidat_innen ist zu steigern, daher müssen wir Wege finden, Frauen den Weg in die Partei, ihre Mitwirkungsmöglichkeiten und die Entscheidung, politische Arbeit zu leisten und politische Verantwortung zu übernehmen, zu erleichtern

Alle kommunalen Mandatsträger müssen, regelmäßig öffentlich über ihre Arbeit Rechenschaft ablegen.

Lasst uns gemeinsam die vor uns liegenden Monate nutzen, um die Lösung der anstehenden Aufgaben in Angriff zu nehmen – für eine lebenswerte Stadt – sozial und tolerant, ökologisch und vielfältig.